

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. August d. J. den ordentlichen Professor der biblischen Studien an der Wiener Universität Joseph Dankó, und den Erzpriester und Voipersdorfer Pfarrer Andreas Kolarik zu Ehrenomherren am Grauer Metropolitan-Kapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Saibach, 31. August.

Es ist politische Windstille. Keine frische Brise bläht die Segel, kein Wellenschlag umrauscht den Kiel, träge liegt das Staatsschiff im glatten Gewässer, denn die todte Saison ist auf dem Höhepunkte und die Kapitane üben das dolce far niente. Die Journale sind die treuen Spiegel dieser Zustände; auch in ihren Spalten ist es todt und stille.

Unter diesen Umständen erfährt man denn auch nicht, wie es mit dem „herzlichen Einvernehmen“ zwischen Oesterreich und Preußen steht. Die dringlichste Angelegenheit des Momentes, die Frage, was zunächst mit den Herzogthümern Schleswig-Holstein geschehen soll, findet beide uneinig. Herr v. Bismarck hat bekanntlich dem Eingehen auf den österreichischen Gedanken, den Bund an der provisorischen Regierung auch in Bezug auf Schleswig zu betheiligen, das gänzliche Verzichten auf die Einsetzung einer solchen Interimsregierung vorgezogen. Das österreichische Cabinet hinwieder wünscht nun sofort vermittelt Erledigung der Successionsfrage das Definitivum zu schaffen. Dem stellt Preußen die Geldfrage entgegen. Herr v. Bismarck will mindestens Schleswig dem vom Bunde als rechtmäßigen Souverän zu bezeichnenden Fürsten vorenthalten, solange nicht die Bezahlung der Kriegskosten gesichert ist. Was hilft es nun, daß man in Wiener Korrespondenzen auswärtiger Blätter versichern läßt, die Monarchen der beiden deutschen Großmächte hätten sich gegenseitig in feierlichster Weise verpflichtet, in deutschen Angelegenheiten und namentlich in Bundesfachen gemeinsam vorzugehen, wenn diese Gemeinsamkeit in jedem Falle in Frage gestellt ist, wo Oesterreich nicht einfach nachgibt!

Es heißt, daß Frankreich auf eine lezhin von Wien aus ergangene vertrauliche Anfrage über sein Verhältniß zu Art. 31 des mit Preußen Namens des Zollvereins abgeschlossenen Handelsvertrages die Erklärung abgegeben hat, daß es allerdings weder berechtigt noch veranlaßt sei, auf die selbstständigen Entschliessungen Preußens irgend einen positiven Einfluß zu nehmen, daß aber von ihm (Frankreich) aus einer Modifikation der betreffenden Stipulation im Sinne der Wünsche Oesterreichs keine Hindernisse in den Weg gelegt werden würden.

Dem widersprechend klingt ein Artikel des „Constitutionnel“, welcher die „Redlichkeit“ und „Festigkeit“ betont, mit welchen Herr v. Bismarck bisher an den Bestimmungen des Handelsvertrages festgehalten hat. Es scheint dieß nicht auf eine Bereitwilligkeit Frankreichs, den §. 31 zu ändern, hinzudeuten.

Freiherr v. Stock ist noch nicht zu der Konferenz nach Berlin abgereist. Die Verabredungen zwischen den Ministerien des Aeußern, der Finanzen und des Handels behufs Feststellung der Instruktionen für den zur Verhandlung in der handelspolitischen Angelegenheit nach Berlin abzuschickenden Bevollmächtigten haben erst begonnen.

Nachdem die preussische Regierung in ihrer Antwort auf die österreichische Note vom 28. Juli sich bereitwillig zeigte, einen Handelsvertrag abzuschließen, wird es nunmehr darauf ankommen, die den österrei-

chischen Interessen entsprechende Grundlage für einen solchen Vertrag festzustellen. Die Formulirung der in dieser Richtung aufzustellenden Forderungen bildet den wesentlichen Theil der zu entwerfenden Instruktionen, welche in etwa acht Tagen durchberathen sein werden.

Die österreichische Depesche vom 28. Juli.

Der bedeutsame Text der Depesche, mit welcher die Münchener Punktationen in Berlin überreicht wurden — sie datirt vom 28. Juli und ist an den österreichischen Geschäftsträger Grafen Chotel gerichtet — lautet, wie folgt:

„Seit unserm Erlaß an den Grafen Karolyi vom 20. April l. J. über das unbefriedigende Ergebniß der Prager Zollbesprechung ist das Vertragsverhältniß Oesterreichs zum Zollverein im amtlichen Schriftverkehr zwischen Wien und Berlin direct nicht wieder erörtert worden.“

„Unter dessen sind wir bemüht gewesen, eine mehr Erfolg versprechende Grundlage der Verständigung im Einvernehmen mit Baiern und andern Zollvereinsregierungen zu suchen, welche als Mitkontrahenten des Vertrages vom 19. Februar 1853 unsere darauf begründeten Rechte anzuerkennen und den preussisch-französischen Handelsvertrag zugleich im eigenen Interesse abzulehnen fortgefahren hatten.“

„Als eine solche Grundlage glauben wir in der That die Punktationen betrachten zu dürfen, welche am 12. d. M. zu München zwischen unsern Bevollmächtigten und jenen von Baiern, Württemberg, Großherzogthum Hessen und Nassau verabredet worden sind, und welche Ew. rc. in Abschrift hierneben mit dem Auftrag zugehen, dieselben der königl. preussischen Regierung zu übergeben, und unter Mittheilung der nachstehenden Erwägungen für die uns wiederholt und zuletzt durch den Erlaß an Frhrn. v. Werther vom 17. April d. J. in Aussicht gestellten Verhandlungen zur Annahme zu empfehlen.“

„Nach Art. 25 des Februar-Vertrages haben wir einen Anspruch darauf, daß in erster Linie über die ausdrücklich stipulirte Zolleinigung verhandelt werde, und es wäre diese Verhandlung durch die vom Zollverein dazu delegirten Regierungen von Preußen, Baiern und Sachsen mit uns zu führen. Nachdem jedoch die Verhandlungen über den preussisch-französischen Handelsvertrag in ein so vorgerücktes Stadium getreten sind, so ist in den Münchener Punktationen für jetzt auf der Grundlage der Zolleinigung und auf einer Verhandlung über unsere eigenen Vorschläge vom 10. Juli 1862 nicht mehr bestanden worden: wir haben vielmehr durch die Registratur vom 12. d. M. die Verpflichtung übernommen, die gedachten Punktationen an erster Stelle der k. preussischen Regierung für eine nächste Zollvereinsperiode lediglich als Grundlage eines Uebereinkommens zur Fortbildung der Bestimmungen der Februar-Verträge vorzuschlagen, und wir glauben, daß die wesentlichen Vorbedingungen am zweckmäßigsten zwischen Oesterreich und Preußen — den gegenwärtigen eng befreundeten Beziehungen entsprechend — festgestellt werden sollten.“

„Es ist deßhalb in vollständiger Uebereinstimmung der in München vertretenen Regierungen sorgfältig vermieden worden dem dort erzielten Einverständnis einen solchen Ausdruck zu geben, welcher der schließlichen Verständigung mit Preußen hätte vorgreifen oder hinderlich werden können.“

„Wenn nun aber in dem dießseitigen Vorgehen der Stellung Preußens als der vertragschließenden Macht bei dem französischen Handelsvertrag Namens des Zollvereins in so hohem Maß Rechnung getragen wurde, und wenn wir unsererseits gern eine gleiche Rücksicht für Oesterreich in der Fassung erkennen wollen, welche Preußen dem Art. 5 der Separatverträge

mit Sachsen und mit andern Zollvereinsregierungen gegeben hat, so müssen wir doch weiter den höchsten Werth darauf legen, daß die Verhandlungen mit uns auf der gegenwärtig dargebotenen Grundlage in kürzester Frist eröffnet werden, daß uns aber eine offene und entgegenkommende Erwiderung alsbald zu Theil werde.“

„Die königl. preussische Regierung hat uns zwar ihren Wunsch einer Vertagung der Verhandlungen bis nach dem 1. Oktober sowohl hier durch den Frhrn. v. Werther als auch durch die vertrauliche Mittheilung hochgestellter königlicher Beamten ausgesprochen, wovon Ew. rc. in Ihrem Bericht vom 16. d. M. Erwähnung thun; allein wir können in den uns mitgetheilten Motiven um so weniger einen für uns genügenden Grund des Aufschubes für volle zwei Monate erkennen, als wir bereits im vorigen Winter, vor Eröffnung der Berliner Zollkonferenzen, ein längeres Verweilen der Zollverhandlungen uns nur auf den ausdrücklichen Wunsch der k. preussischen Regierung haben gefallen lassen, um so weniger gerade jetzt als wir nothwendig über die vorliegende Frage für den im Laufe des Monats Oktober zusammen tretenden Reichsrath Gewißheit haben und rechtzeitig die erforderlichen Vorlagen ausarbeiten müssen.“

„Damit wir es unsererseits an aller Bereitwilligkeit sowohl als an wünschenswerther Bestimmtheit nicht fehlen lassen, nehmen wir keinen Anstand im Voraus für die directe Verhandlung mit Preußen zwei Punkte von eminent politischer Bedeutung mit aller Offenheit zu bezeichnen, welche in unserem Auge die Vorbedingungen unseres Eingehens in die Verhandlungen und zugleich den Prüfstein des Gelingens derselben bilden.“

„Das Ziel einer künftigen Zolleinigung müssen wir auch über die nächste Zollvereinsperiode hinaus vertragsmäßig festhalten, und wir müssen vor der anschließenden Verhandlung mit Preußen darauf bestehen, daß uns deßhalb eine bündige Zusage von vornherein gegeben werde. Das ist unsere erste und unerlässliche Vorbedingung. Die zweite geht dahin, daß die von Oesterreich zu verlangenden Begünstigungen früher verabredet, und daß die Grundzüge des zwischen Oesterreich und dem Zollverein zu erneuernden Vertragswerkes festgestellt werden, bevor die Ratifikation des französischen Handelsvertrages erfolgt. Die von Oesterreich zu verlangenden besondern — d. h. von der Theilnahme Frankreichs ausschließenden — Begünstigungen werden sich auf einige wenige Artikel beschränken.“

„Hiernach glauben wir die zuversichtliche Hoffnung hegen zu dürfen, daß die k. preussische Regierung unsere Eröffnungen in ernste Erwägung ziehen und uns baldigst eine entgegenkommende Rückäußerung darüber zugehen lassen werde: ob ihr unter den fundgeordneten Vorbedingungen ein erneuertes Zusammen treten beiderseitiger höherer Fachbeamten zum Zweck der Verständigung genehm ist, welche Persönlichkeit sie dazu ausersehen, und welche Vertretung ihr passend erscheint. Sollte wider Erwarten das königliche Cabinet es ablehnen, in die angebotene Verhandlung sofort einzutreten, so würden wir zu unserm größten Bedauern darin eine Mißachtung der uns gegenüber bestehenden Vertragsverpflichtungen erkennen müssen, und wir würden uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein solches Vorgehen unvereinbar sein würde mit dem zwischen beiden Regierungen so glücklich bestehenden bundesfreundlichen Verhältniß.“

„Ew. rc. wollen den gegenwärtigen Erlaß, wovon dem hier anwesenden königl. Herrn Ministerpräsidenten v. Bismarck Mittheilung gemacht wird, dem Herrn Unterstaatssekretär v. Thile vorlesen, demselben eine Abschrift zur Verfügung stellen und die Versicherung meiner vollen Achtung empfangen. Reich v. g.“

Oesterreich.

Wien. Das „Fremdenblatt“ bringt in seiner Nummer vom 27. August eine Notiz über die von der schweizerischen Regierung neuerdings angeregte Freilassung des Langewiez und präzisiert in bestimmtester Weise die Stellung, welche das Ministerium des Aeußern einerseits, dann das Staats- und Polizeiministerium andererseits in Bezug auf den in Frage stehenden Gegenstand eingenommen haben sollen. Die „G. E.“ ist in der Lage zu erklären, daß die Angaben des obgedachten Blattes sowohl über den Standpunkt der Ministerien, als auch über die Motive, welche hiezu Veranlassung geboten hätten, der Sachlage durchaus nicht entsprechen.

— 29. August. Die „Prager Ztg.“ beschäftigt sich in einer ihr aus Wien zugehenden Korrespondenz mit der wieder eröffneten Debatte über die ungarische Frage und meint, daß derlei Erörterungen zur praktischen Lösung der Frage nichts beitragen und deswegen höchstens einen theoretischen Werth haben. „Die Einberufung des Landtages“, heißt es in der betreffenden Korrespondenz, „kann wohl als die erste Bedingung zur Annäherung weiterer praktischer Beschlüsse betrachtet werden, man geht aber zu weit, wenn man einzig und allein darin auch schon eine sichere Bürgschaft für das endliche Zustandekommen einer Verständigung im Sinne der Februar-Verfassung erblicken will. Die exakte und korrekte Durchführung der Februar-Verfassung selbst, ihr Ausbau im liberalen Sinne dürfte vielmehr der einzig sichere Weg zum Ziele sein. Erst die That, dann die Unterhandlung. Wenn die Ungarn sehen werden, daß wir dießseits der Leitha die vollkommene, auch praktisch durchgeführte Gleichberechtigung aller Konfessionen haben, wenn die Vereinsrechte festgestellt, die Autonomie der Gemeinde auf liberalster Basis durchgeführt, unser Straf- und Zivilkodex mustergültig vollendet, wenn Schwurgerichte und andere Bürgschaften eines vollen konstitutionellen Lebens vorhanden sein werden — dann werden die Ungarn gewiß zu uns kommen und zu uns halten, und es wird den Parteiführern nicht gelingen, dann noch Zwietracht zwischen den Völkern dießseits und jenseits der Leitha zu säen.“

— Die Kapuzinerkirche am Gradschin in Prag wurde am 29. v. M., nachdem sie den Tag vorher in Folge des am Samstag dort verübten Verbrechens geschlossen war, wieder geöffnet. Um 8 Uhr Morgens fand die Wiedereinweihung derselben durch Se. Eminenz den hochwürdigsten Herrn Kardinal-Erzbischof statt.

Aus **Wien** 29. August, schreibt man der „T. P.“ Der Besuch des Königs von Preußen wurde bisher nur von dem Standpunkte der auswärtigen Politik besprochen, gestatten Sie mir nun, inmitten der zahlreichen Kombinationen, welche an diese Seite der Beziehungen zu werfen, in welchen die Anwesenheit des Königs zu unsern innern d. h. zu unsern Verhältnissen steht. Es konnte nicht fehlen, daß mit dem in Aussicht stehenden Bündnisse mit einem Körper, dessen Seele ein Bismarck ist, gewisse üble Nachwirkungen für unser ohnehin nicht sehr entwickeltes freie Leben befürchtet würden. Mindestens war man auf die Verührung zwischen dem Könige von Preußen und Herrn v. Schmerling sehr gespannt.

Diese Befürchtungen haben sich glücklicher Weise als ungegründet erwiesen. Man hat sich in maßgebenden Kreisen davon überzeugt, daß das Preußen, welches sich gegenwärtig um unsere Freundschaft zu bewerben scheint, dasselbe ist und bleibt, welches uns Jahre lang nicht genug Prügel unter die Füße werfen konnte, daß, selbst eine Einigung und ein Eingehen Oesterreichs auf preussische Intentionen vorausgesetzt, die Gesinnungen dieser Großmacht uns gegenüber noch immer gleich bleiben und es wahrlich nicht verdienen, ihm zu Gefallen den einmal eingeschlagenen konstitutionellen Schritt noch mehr zu mäßen.

Der Verfassungsminister steht, nachdem sich diese Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, fester als je; die naive Aeußerung des Herrn v. Bismarck, daß er Oesterreichs Schwerpunkt noch immer in Ofen sehe, mögen wir ihm im Norden was immer für Konzessionen machen, hat nicht wenig dazu beigetragen, die Schwärmerei für Preußen abzukühlen.

Auch beginnt die Verfassungspartei bereits loszulegen; ein hiesiges tüchtiges Blatt, dessen Beziehungen zum Staatsministerium bekannt sind, hat die erste Lanze eingelegt, um gegen ein preussisches Bündniß anzukämpfen, bald dürften ihm andere sekundiren. Herr v. Schmerling mag sich über eine gewisse isolirte Stellung, welche er während der Anwesenheit des preussischen Königs einnehmen mußte, trösten; er hat wider die Partei Bismarcks einen Sieg errungen, über den sich alle aufrichtigen Oesterreicher freuen werden.

Aus **Wien** geht der „Presse“ die Nachricht zu, daß mittelst eines Telegramms des k. k. Kommissärs bei dem Karlowitzer Kongreß und der Synode, des Generals Philippovic, an die königliche Tafel in Pest, der bekannte Rumänienführer Babesch, welcher Richter an der königlichen Tafel ist, aufgefördert wurde, sich schleunigst für nächsten Dienstag, d. i. morgen den 30. d. Mts., nach Karlowitz zu begeben. Das Telegramm ist von Freitag den 25. August Abends datirt. Am Vormittage desselben Tages wurde nun bekanntlich zu Karlowitz die Generalsynode sämtlicher griechisch-orthodoxen Bischöfe der österreichischen Monarchie eröffnet, um die Angelegenheit der hierarchischen Trennung der Rumänen von den Serben und die Konstituierung einer eigenen rumänischen Metropole vom kanonischen Standpunkte aus zu erörtern. Es scheint demnach, daß die Beziehung rumänischer Vertrauensmänner von der Synode für ersprießlich erachtet wurde, und daß nebst Babesch wohl auch andere Personen, so der bekannte Mocsonyi, die gleiche Aufforderung erhalten haben dürften.

Ausland.

Frankfurt, 26. August. Die gesetzgebende Versammlung beschäftigte sich heute mit den Kosten des Fürstentongresses. Der Ausschussbericht berührt die politische Seite des Gegenstandes nur insoweit, als er das Scheitern des an sich wohlgemeinten Reformprojektes dem Mangel an volksthümlicher Grundlage zuschreibt, und wiederholt auf das berechtigte Verlangen der Nation nach Gesamtvertretung und kräftiger Zentralgewalt hinweist. Seine Aufgabe ist

die Prüfung der ökonomischen und verfassungsmäßigen Seite. Der Senat hat nämlich die Rechnungen im Betrage von 50.114 fl. dem gesetzgebenden Körper mit dem Antrage vorgelegt, sein Einverständnis mit demselben zu erklären. Der Ausschuss ist aber der Ansicht, daß verfassungsgemäß eine vorgängige Genehmigung, zu welcher die Zeit wohl hingereicht habe, jedenfalls aber die nachträgliche Bewilligung hätte eingeholt werden müssen. Er beantragt daher, dem Senat zu erklären, daß die gesetzgebende Versammlung zwar die Ausgaben nachträglich bewillige, das Verhalten des Senats aber wegen Unterlassung eines vorausgehenden Antrages auf Bewilligung oder Kreditöffnung nicht als verfassungsmäßig zu erkennen vermöge. Dieser Auspruch wurde von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

Rom. Monsignor Moglia ist zum Internuntius für Mexiko designirt.

Bukarest, 21. August. Sie wissen, daß die Regierung eine Amnestie für politische Verbrechen erlassen und den amnestirten Fremden zur Pflicht gemacht hat, das Land zu verlassen. Der Premierminister hat unterm Datum des vorgestrigen Tages ein Zirkular an sämtliche Präfekten in dieser Angelegenheit erlassen, aus dem ich Ihnen die interessantesten Stellen mittheilen will; es heißt darin u. A.:

„In Ansehung der Fremden hielt es die Regierung für eine von ihrer eigenen Sicherheit gebotene Maßregel, die amnestirten Fremden zu verpflichten, das rumänische Territorium zu verlassen, und ich will Sie nun, Herr Präfekt, in Stand setzen, diese Maßregel mit Verständnis, das heißt konform unserer Würde als ein gastliches und autonomes Land und dabei auch konform unseren internationalen Verpflichtungen, in dem von Ihnen abzulivirten Bezirke auszuführen. Ich will mich genauer erklären: Rumänien ist auch heute ein freies Land. Es gewährt Schutz und Gastfreundschaft allen Fremden, die auf seinem Gebiete eine Zuflucht vor politischem oder privatem Unglück suchen, keineswegs aber solchen Fremden, welche hierher kommen, um sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen oder um Verschwörungen anzuzetteln und Expeditionen zu organisiren gegen die Nachbarstaaten, welche gleichzeitig die garantirten Mächte unserer Nationalität und politischen Existenz sind.“

„Die Regierung war in Kenntniß gesetzt, daß vom Auslande aus eine Expedition gegen die Nachbarstaaten vorbereitet werde, welche durch mehrere Mitglieder und Agenten der ausländischen revolutionären Comité's von unserem Territorium aus ins Werk gesetzt werden sollte. Zu diesem Behufe war Herr Gustav Frigas ins Land gekommen, welcher von Mazzini und anderen Häuptern der ausländischen Aktionsparteien mit Instruktionen, Proklamationen und Empfehlungen an unsere heimischen Revolutionäre von Profession ausgestattet war. Dieser gefährliche Emissär wußte sich unter verschiedenen falschen Namen zu verbergen und durch längere Zeit in den Distrikten unseres Landes, namentlich der Moldau, unangefochten zu verweilen. Schließlich wurde er jedoch in Bukarest verhaftet, und sowohl bei ihm selbst als bei einigen seiner Verbündeten der ganze Operationsplan entdeckt, welcher nichts weniger bezweckte, als auf rumänischem Gebiete eine zweifache

Fenilleton.

Pariser Plaudereien.

Paris war in den jüngst vergangenen Tagen das Ziel einer aus allen Himmelsgegenden herbeiströmenden, neugierigen und schaulustigen Menschenmasse. Der Fremdenandrang war ungewöhnlich stark, daß es täglich schwerer ward, ein Unterkommen in Paris zu finden und die größten Gasthöfe wegen Ueberfüllung viele stürmisch Anklopfende zurückweisen mußten. Noch schwieriger aber war es, die Bedürfnisse des Magens zu befriedigen, und man sah sich buchstäblich genöthigt, sein Brod im Schweize seines Angesichts zu verdienen. Im Palais Royal z. B., in dessen endlosen Galerien sich bekanntlich ein Restaurant an dem andern befindet, mußte an den Thüren dieser eleganten Gastgeber quene gemacht werden, und Stunden vergingen, bis man in das gastronomische Heiligtum gelangen und an einem, nach heißem Kampfe endlich eroberten Tische sich den Freunden des Mahles hingeben konnte.

Die zahlreichen Feste, die in Paris abgehalten wurden, hatten diese schaulustige Menge herbeigelockt. Die glänzendsten waren unstreitig jene zu Ehren des königlichen Gastes. Sie sind so ausführlich beschrieben worden, daß nur eine Nachlese möglich. Den imposantesten Anblick bot das Theater bei der Galavorstellung.

Die Masse glänzender Uniformen, die Anzahl von Sternen, Ordenskreuzen und Bändern aller Art

überstrahlten beinahe die reichen Toiletten der Damen; glücklicherweise aber blieb dem schönen Geschlechte ein Vertheidigungsmittel: „Diamanten!“ und in der That, man hatte von dieser glänzenden Waffe einen siegreichen, unbezwinglichen Gebrauch gemacht. Ich kann mich nicht entsinnen, je in meinem Leben eine solche unglaubliche Menge blinkender Edelsteine aller Gattungen beisammen gesehen zu haben. Vor Allen und über Alle strahlte aber die Kaiserin in der prächtigsten und zugleich geschmackvollsten Toilette. Sie trug eine prachtvolle Robe von reichem granatrothem Stoffe, die mit Diamanten geradezu überfärbt war, und auf ihrem Haupte ein dreifaches Diadem von Brillanten, in dessen Mitte der „Regent“ strahlte.

Die Diamanten haben übrigens zu einem Vorfalle Veranlassung gegeben, von dem ganz Paris voll ist. In den Salons und in den Dachstuben der Arbeiter spricht man davon, vielleicht benützt der alte Dumas, oder wenn er sich schon zu alt fühlt, sein Sohn diese Affaire zu einem Romane, der an Seltensart die Geschichte vom „Halsbände der Königin“ übertrifft. Sie kennen ja die schöne Gräfin V., die Zirde eines jeden Salons, der aber seit langer Zeit dieses Schmuckes beraubt ist, da die blendende Erscheinung von ihrem eifersüchtigen Gatten wie der Rabelungenschak bewacht wird. Wie ein glänzender Traum fährt sie nur in halbgeschlossenen Wagen durch die Straßen der Stadt von ihrem Landsitze, in dem sie im Sommer zu klösterlicher Einsamkeit verurtheilt ist, an den Fußgehern vorüber, die sinnend diesem reizenden Bilde nachsehen, wenn es schon längst verschwunden. Mit Mühe gelang es ihr, von ihrem

Gatten die Erlaubniß zu erhalten, am Abende der zu Ehren des spanischen Gastes gegebenen Vorstellung das Theater zu besuchen. Ungeduldig harret sie der Stunde, welche sie in den licht- und glanzgefüllten Raum bringt. In der elegantesten Toilette, überfärbt mit Kleindien, das üppige Haar von einer kostbaren Diamantenagraffe zusammengehalten, rollt sie im Phaeton an der Seite ihres Gatten dem Theater zu. In der Loge angekommen, mustert sie noch einmal ihre Toilette, ein jäher Schreck durchzuckt sie, die Diamantenagraffe, eine Million im Werthe, ist aus ihrem Haare verschwunden. Sie können sich vorstellen, mit welchen Gefühlen sie der Vorstellung beiwohnte, sie wünschte nur eines, daß ihr Gatte, dessen Hestigkeit und Vorwürfe sie fürchtete, von dem Verluste nichts merke. Dieser Wunsch ging ihr in Erfüllung. Mit scheinbarer Ruhe fuhr sie nach Hause, im einsamen Boudoir brach der Thränenstrom hervor und benetzte die seidene Kissen ihres Lagers, von dem für diese Nacht der Schlaf entflohen war. Gegen Morgen sank sie erst in einen Halbschlummer, aus dem sie aber durch die Kammerzofe geweckt wurde, welche die Meldung brachte, es stehe ein einfach gekleideter Mann draußen, der die Gräfin in Angelegenheiten eines Schmuckes — die Kammerzofe war beauftragt, diese Worte des Fremden der Gebieterin zu melden — zu sprechen wünsche. Ein freudiger Schreck durchzuckte sie, sie befahl, den Menschen hereinzulassen. Ein schöner junger Mann trat ein, in seinen Händen den verlorenen — Schmuck. Ich war so glücklich, sagte er, diesen Schmuck zu finden, Sie haben ihn, reizendste aller Gräfinnen, unweit Ihrer

bewaffnete Expedition gegen die Nachbarstaaten zu organisiren. . . .

Das Zirkular fordert dann die Präfekten auf, sämtlichen Fremden das feierliche Versprechen abzunehmen, sich „konform den Gesetzen und Interessen des Landes“ zu verhalten, und falls hierauf dennoch „irgend welche Fremde, mögen sie welcher Nationalität immer angehören, sich entweder in unsere inneren politischen Kämpfe einmischen, oder gegen unsere guten Beziehungen mit den Nachbarstaaten konspiriren sollten, die Austreibung aller der Fremden zu veranlassen, welche bei uns lediglich einen Ort suchen, wo sie die Fortsetzung ihrer revolutionären Propaganda, die nirgends geduldet wird, und eines bewaffneten Kampfes, den sie im eigenen Vaterlande nicht fortsetzen können (damit sind die Polen gemeint!), betreiben wollen.“

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 1. September.

Der Herr Oberlandesgerichts-Präsident Freiherr von Lattmann ist gestern wieder von hier abgereist.

— Im heutigen Amtsblatte werden die Namen Derjenigen bekannt gegeben, welche sich bei der allgemeinen Impfung und Revaccination verdient gemacht haben.

— Die südliche Staatsbahn hatte in der Woche vom 12. bis 18. August folgende Einnahmen: Süd-österreichisches Reg. fl. 411.490 (um fl. 785 mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres); Lombardisches Reg. fl. 89.437 (um fl. 4512 mehr). — Die Gesamteinnahme vom 1. Jänner bis 18. August beläuft sich bei beiden Reg. auf fl. 14.777.668 (um fl. 519.063 mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres.)

— Ueber den Verbrauch von Salz und Tabak in Verwaltungsgebiete Steiermark, Krain und Küstenland im Jahre 1863 schreibt man Folgendes: Während sich durch die Herabsetzung der Preise für einige Gattungen des Salzes, besonders aber für das sogenannte Viehsalz der Verschleiß und durch denselben die Einnahme dieses Monopolsgegenstandes gesteigert haben, so sinken wieder dafür sowohl der Verkauf als auch das Erträgnis im Tabakgefälle, und zwar bloß durch die öfters stattgefundenen Erhöhung der Lizenzgebühren für mehrere Tabak- und Zigarren-Gattungen. Im Küstenlande, welches vor Kurzem noch zur Grazer Finanz-Landes-Direktion gehörte, wurden im Verwaltungs-Jahre 1863 an Material über 275.621 Zentner Salz mit einem Erträgnis von mehr als 1.511.714 fl. und im Verwaltungsjahre 1862 nur 216.837 Ztr. im Gesamtwerthe von 1.401.883 fl., also im Jahre 1863 mehr um 58.784 Ztr. mit einer gestiegenen Geldeinnahme von 110.831 fl. verschliffen. — Gewiß würden sich noch günstigere Resultate erzielen lassen, wenn die Preise für alle Salz-gattungen ermäßigt würden, und gerecht wäre dieser Vorgang schon deshalb, weil Salz nicht allein für den Menschen, sondern auch für die Viehzucht und Industrie durchaus unentbehrlich ist. Das Gegentheil von diesem Erfolge weist jedoch der im steierm.-ilhr.-küstenl. Verwaltungsgebiete stattge-

Villa verloren; aber auch anderwärts hätte ich das Eigenthum der schönen Trägerin erkannt, da ich schon lange bewundernd Ihnen folge. Ich hatte nur einen Wunsch, einmal in Ihre Nähe zu kommen; die Vorsetzung hat meinen Wunsch erhört. Ich hätte ehelos sein und den Schmutz behalten können, aber irdische Güter reizen mich nicht, ich liefere Ihnen den Schmutz aus und verlange nichts anderes zur Belohnung als einen Kuß von Ihren süßen Lippen. Die Gräfin wollte empört emporfahren, sie besann sich aber eines Besseren, sie waren ja allein; sie neigte ihren rosigen Mund dem Sonderbaren hin, er war indessen niedergedrückt, ein Kuß brannte auf ihren Lippen, im selben Augenblicke öffnete sich aber die Thür des Schlafgemaches, und dessen Schwelle überschritt der Gatte der Gräfin. Mit einem wahren Wuthgebrüll, welches die Dienerschaft aus allen Zimmern herbeilockte, stürzte er über den Fremden her, die Gräfin außer sich vor Schrecken stürzte zu den Füßen des Erzürrten, und nach einigen Minuten war das Mißverständnis aufgeklärt.

Der junge Mann verließ schleunigst das Haus, um eine Million ärmer, um einen Kuß reicher. Der Fund sollte ihm aber dennoch Früchte getragen haben, schon lange hatte er um eine kaiserliche Anstellung petitionirt, vergebens immer. Wenige Tage nach dem Vorfalle erhält er das Dekret seiner Ernennung in das Haus geschickt, sein Posten rief ihn aber nach Ungarn, und die Reise dahin, so lautete die Ordre, mußte sogleich angetreten werden. — Das ist die Geschichte von dem Diamanten der Gräfin.

habte Tabak-Material-Verkauf und dessen Erträgnis durch die Erhöhung der meisten Lizenzgebühren nach. Im Verwaltungsjahre 1861 bezifferten sich nämlich die Einnahmen mit 5,361.891 fl., während sie im Verwaltungsjahre 1862 nur eine Summe von 5,267.543 fl., also weniger um 104.348 fl. betragen haben; und obgleich sich in Steiermark die Einnahmen der indirekten Abgaben in dem angeführten Verwaltungsjahre, vom 1. November 1862 bis Ende Oktober 1863 auf 2,152.961 fl. für Tabak, 230.694 fl. für Zoll, 933.761 fl. an unmittelbaren Gebühren, 641.238 fl. an Stempeln, 31.922 fl. an Taxen, 1,942.783 fl. an Verzehrungssteuer und 178.145 fl. an Weg- und Wassermauth, somit im Ganzen auf die Summe von 6,111.304 fl. beliefen, so ist dieß im Vergleiche zu den Erfolgen früherer Jahre durchaus nicht günstig zu nennen. Aber nicht nur in den angeführten Verwaltungsgebieten allein, als vielmehr auch bei fast allen übrigen der Monarchie, stellen sich die gleichen Mißerfolge heraus, was denn doch am betreffenden Orte den Wink geben sollte, daß sich die Staats-Einnahmen nicht durch das Steigern der Gebühren vermehren lassen, sondern, daß im Gegentheil durch diesen Vorgang noch eine Stockung jedes Geschäfts-Verkehrs und eine Hemmung in der Industrie hervorgerufen und hiedurch jedenfalls die Steuerkraft vermindert werden muß.

— Der zu St. Nikolai im Bezirke Franzen in Steiermark, verstorbene Grundbesitzer und ehemalige österreichische Soldat Bartholomä Lufman hat in seinem hinterlassenen Testamente unter Anderm auch Se. Majestät den Kaiser mit einem Legate von zehn Gulden bedacht.

Wiener Nachrichten.

Wien, 30. August.

Heute um 11 Uhr fand im k. k. Redoutensaal die erste Gesamtsitzung der 14. Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure statt. Zum Präsidenten und Vizepräsidenten wurden Regierungsrath v. Eughert und Professor v. Siccardsburg, zu Schriftführern die Herren Verghauptmann Frieze, Ingenieur-Assistent Schiedt, Architekt Hest, Direktor Vill erwähnt. Von den Mitgliedern des Vorstandes sind anwesend: Direktor Karmarsch und Baurath Hase aus Hannover, Geh. Oberbaurath Stüler und Hofbaurath Strack aus Berlin, Regierungsrath v. Engerth, Oberbaurath Schmidt und Professor Siccardsburg aus Wien; verhindert Baurath Voigt aus Braunschweig, Professor Wiebe aus Berlin; gestorben seit der letzten Versammlung Vaudirektor Häbsch in Karlsruhe und Professor Förster in Wien. Zum ehrenden Gedächtnis der Hingeshiedenen erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Hierauf erfolgte die en bloc-Annahme des vorgelegten Statutenentwurfes, welcher nach den Statuten der Juristen-, Naturforscher- und ähnlicher Versammlungen bearbeitet ist. Hierauf Bildung der Sektionen und Mittheilung des Einlaufs. Sektionsrath Löhr hielt einen Vortrag über die Stadterweiterung in Wien. Der Sitzung wohnten Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Mecsery, v. Kaiser, v. Plener, v. Frank, Sektionschef Freiherr v. Kalchberg bei. Das Mitgliederverzeichnis mit dem ersten Anhang zählt 1241 Namen auf. Beinahe die Hälfte aller Anwesenden kommt auf Oesterreich, 421 auf Wien allein, 66 auf Berlin, 54 auf Dresden, 30 auf Hannover, 25 auf Leipzig, 21 auf Hamburg, 13 auf Braunschweig, 12 auf Stuttgart, 9 auf Köln, 7 auf Frankfurt und Bremen u. s. w. Von entfernteren Orten sind noch vertreten: Paris, Amsterdam, Haag, Zaardam, Brüssel, Glasgow, Kopenhagen, Flensburg, Kiel, Glücksstadt, Altona, Genf, Winterthur, Semlin u. c. c.

— Ueber die polnischen Internirten, welche noch in Olmütz, Teltz und Zglau sitzen, werden sehr laute Klagen vorgebracht. Sie suchen sich die Zeit durch mancherlei Erzeße zu vertreiben, wenn sie nicht entweichen können. Auf dieses letztere Experiment scheint ihr ganzes Sinnen und Trachten gerichtet zu sein, und die Bewachungsmannschaft muß die Augen wohl offen halten. Das Werfen von Ziegeln und Steinen aus den Fenstern auf die Schildwachen ist ein beliebtes Zerstreungsmittel. Die Wachen werden verhöhnt und zum Feuern sozusagen herausgefordert. In der letzten Zeit sind in Zglau allein etwa 14 Internirte, welche ohne Wache auf Arbeit oder zum Spaziergange entlassen waren, muthmaßlich nach Böhmen und Sachsen entwichen. Raufereien beim Spiele, in Folge deren die Wachen einschreiten müssen, bieten gewöhnlich Gelegenheit zum Handgemenge mit letzteren, so daß das Militär schon in der Lage war, von seinen Waffen Gebrauch zu machen.

Vermischte Nachrichten.

Vorige Woche hat sich in Brunn ein ehemaliger Zögling des dortigen Blindeninstitutes J. Bauer, der eine vorzügliche musikalische Befähigung besessen soll, mit einer jungen, ebenfalls dort erzogenen Blinden verheiratet.

— Die Stuttgarter „Bürger-Zeitung“ theilt eine „Elegie auf den Tod des Königs Wilhelm I. von Württemberg“ mit, welche, abgesehen von ihrem Inhalt, durch den Dichter von größerem Interesse ist. Derselbe nennt sich „Prinz Peter v. Oldenburg,“ Stiefsohn des verewigten Königs.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Brunn, 30. August. Bürgermeister Stene hat heute ganz unerwartet in öffentlicher Ausschusssitzung sein Amt niedergelegt. (Pr.)

Sermannstadt, 30. August. (Landtagsitzung.) Die Verathung über die Landtagsordnung wurde heute beendet. Die §§. 10, 12 und 13 wurden einer späteren Verathung vorbehalten. Nächste Sitzung Donnerstag. — Der Ausschuss für die Vorberathung des bestätigten Gesetzkartells, betreffend die Errichtung eines obersten siebenbürgischen Gerichtshofes, hat den bestätigten Artikel dem vollen Vortratt nach angenommen; ebenso hat der Ausschuss für die Reichsrathsbeschickung die Regierungsvorlage vollinhaltlich angenommen.

Berlin, 30. August. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Vor Abschluß eines definitiven Friedens sei von einer Zurückziehung der Truppen auch nur aus Zütlund, also von einer Rückkehr der Truppen nicht die Rede.

Kiel, 29. August (3½ Uhr Nachmittags). Das eben eingelaufene preussische Geschwader, die Korvetten „Nympe“, „Vineta“, „Arcona“ und der Aviso-dampfer „Grille“ nebst vier Kanonenbooten, liegt dem Schloßgarten gegenüber vor Anker.

Bukarest, 29. August. Der Regierung ist es nunmehr gelungen, eine Anleihe von 700.000 Pfd. St. mit der Ottomanbank abzuschließen. Emissionskurs der Anleihe zu 88, 7 pCt. Zinsen und 2 pCt. Amortisation.

New-York, 20. August. Die Operationen Grants am Jamesflusse sind günstig, aber nicht entscheidend. Sheridan schlug die Kavallerie Longstreets bei Front-Royal. Eine demokratische Versammlung in Syrakus beschloß, den in Chicago aufgestellten Kandidaten nur dann zu unterstützen, wenn er für den Frieden wirke; dieselbe Versammlung nahm Resolutionen für einen Waffenstillstand und eine Staatenkonvention zur Verständigung über die Versöhnungsmaßregeln an.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 31. August. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Heu und Stroh, 34 Wagen und 3 Schiffe mit Holz, und 119 Mezen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.12 (Magazins-Preis fl. 4.50); Korn fl. 2.51 (Mg. Pr. fl. 2.87); Gerste fl. 2.20 (Mg. Pr. fl. 2.70); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.22); Halbfucht fl. 2.80 (Mg. Pr. fl. 3.47); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.87); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 2.95); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.—); Erdäpfel fl. 1.30 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolten fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 53, Schweineschmalz fr. 43; Speck, frisch fr. 37, detto geräuchert fr. 42; Butter fr. 49; Eier pr. Stück fr. 1½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindsfleisch pr. Pfund fr. 17—21, Kalbfleisch fr. 21, Schweinefleisch fr. 23, Schöpfensfleisch fr. 12; Hühner pr. Stück fr. 23, Tauben fr. 9; Heu pr. Ztr. fr. 85 bis fl. 1.10, Stroh fr. 55—75; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von fl. 9 bis 15. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Neustadt, 30. August.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 3.32; Korn fl. 2.10; Gerste fl. 2.—; Hafer fl. 1.40; Halbfucht fl. 2.60; Heiden fl. —; Hirse fl. 2.40; Kukuruz fl. 2.66; Erdäpfel fl. —; Linsen fl. 4.16; Erbsen fl. 4.80; Fisolten fl. 4.50; Rindschmalz pr. Pfund fr. 40; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 30; detto geräuchert fr. 35; Butter fr. 40; Eier pr. Stück fr. 1½; Milch pr. Maß fr. 10; Rindsfleisch pr. Pfund fr. 21; Kalbfleisch fr. 22; Schweinefleisch fr. 20; Schöpfensfleisch fr. 12; Hühner pr. Stück fr. 20; Tauben fr. 18; Heu pr. Ztr. fl. 2.—, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5.—, detto weißer fl. 4.—.

Börsenbericht.Wien,
den 30. August.

Matt und Geschäftlos. Staatsfonds um $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{20}$ billiger; 1839er-fielen um 1%, die übrigen Lose um $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{20}$; Industriepapiere wichen mit Ausnahme der um 2 fl. gestiegenen Lloyd-Aktien um circa $\frac{1}{2}$ bis 1 fl. Wechsel auf fremde Plätze und Comptanten stellten sich um einen Bruchtheil tiefer. Geld im Prolongationsverkehr knapp.

Öffentliche Schuld.			Geld		Baare		Geld			Baare		Geld			Baare		
A. des Staates (für 100 fl.)			Geld	Baare					Geld	Baare			Geld	Baare			
In österr. Währung . . . zu 5%	67.40	67.55	Steierm., Kärnt. u. Krain, zu 5%	87.50	89.—	Gal. Karl-Ludw.-B. 1. 200 fl. G.M.	256.75	257.—	Balfhy	zu 40 fl. G.M.	28.25	28.75	St. Louis	zu 40 fl. G.M.	25.50	26.—	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz. %	97.75	97.90	Währen „ 5	93.—	94.—	Öst. Dampfsch.-Ges.	456.—	457.—	Glory	„ 40 „ „	25.50	26.—	St. Genois	„ 40 „ „	24.—	25.—	
ohne Abschritt 1862	96.70	96.90	Schlesien „ 5	89.—	90.—	Öst. reich. Elch in Triest 500 fl. G.M.	238.—	239.—	Windischgrätz	„ 20 „ „	18.50	19.—	Waldstein	„ 20 „ „	17.—	17.50	
Silber-Anleihen von 1864	86.75	87—	Ungarn „ 5	74.—	74.60	Wien. Dampfsch.-Akt. 500 fl. d. W.	430—	450.—	Regleisch	„ 10 „ „	13.—	13.50	S. L. Hospitallend	10 „ „	11.75	12.—	
Nat.-Anl. mit Jan.-Goup. zu 5%	80.—	80.10	Temeser-Banat „ 5	72.50	73—	Beier. Kottenbrücke	370.—	375.—	Wechsel.								
„ „ „ „ „ 5	80.10	80.15	Kroatien und Slavonien „ 5	74.50	75.—	Böhm. W.-Bahn zu 200 fl.	157.—	177.50	3 Monate.								
Metalliques „ „ „ „ 5	71.50	71.65	Galizien „ 5	74.25	74.75	Theißbahn-Akt. zu 200 fl. G. M.	147.—	—									
„ „ „ „ „ 5	71.50	71.65	Siebenbürgen „ 5	71.50	72.50	m. 140 fl. (70%) Einzahlung	147.—	—									
„ „ „ „ „ 4	63.40	63.60	Bukowina „ 5	71.50	72.50	Pfandbriefe (für 100 fl.)											
Mit Verlos. v. J. 1839	155.—	156.—	„ „ d. Berl.-Gl. 1867 „ 5	70.85	72.25	Nationalb. 10jährige v. J.	102.50	—	Augsburg für 100 fl. südd. W.	95.60	95.70	Frankfurt a. M. 100 fl. detto	95.70	95.80	Hamburg, für 100 Mark Banco	85.10	85.25
„ „ „ „ 1854	89.—	89.25	Venetianisches Anl. 1859 „ 5	96—	97.—	bank auf 1857 zu 5%	92.50	92.75	London für 10 Pf. Sterling	113.50	113.70	Paris, für 100 Kranks	45.—	45.05	Cours der Geldsorten.		
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	95.30	95.40	Aktien (pr. Stüd.)			„ „ „ verlosene 5 „	88.—	88.25	Geld								
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	97.—	97.10	Nationalbank „ „ „	775.—	777.—	Nationalb. auf d. W. verlosch. 5 „	88.—	88.25	Baare								
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	190.20	190.30	„ „ „ „ 5 „	85.25	85.75	K. Münz-Dufaten 5 fl. 42 kr. 5 fl. 43 flr.	15 „ 72 „ 15 „ 75 „	9 „ 12 „ 9 „ 13 „	Napoleon'sdor	9 „ 12 „ 9 „ 13 „	Russ. Imperials	9 „ 35 „ 9 „ 36 „		
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	N. d. Gescom.-Ges. 500 fl. d. W.	618.—	623.—	Ungarische Boden-Kredit-Anstalt	85.25	85.75	Vereinthalers 1 „ 69 1/2 „ 1 „ 70 1/2 „								
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	R. Ferd.-Nordb. 1. 1000 fl. G. M.	1909.—	1910.—	zu 5 1/2 pCt.	85.25	85.75	Silber . . . 113 „ 15 „ 113 „ 40 „								
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	Staats-Ges. zu 200 fl. G.M.	197.50	197.75	Lose (pr. Stüd.)											
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	„ „ „ „ 500 fl.	135.—	135.50	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	128.60	128.80									
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	Kais. Elsch. Bahn zu 200 fl. G.M.	135.—	135.50	zu 100 fl. d. W.	85.50	86.—									
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	Süd.-nordb. Verb.-B. 200 „	122.—	122.25	Den.-Dampfsch.-G. zu 100 fl. G.M.	25.—	25.50									
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	Süd. Staats, lombardisch-venetianische und central-italienische	245.—	246.—	Stadtgem. Wien „ 40 „ d. W.	98.—	99.—									
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	„ „ „ „ 200 fl. d. W.	245.—	246.—	Gferrhazy „ 40 „ G.M.	30.75	31.—									
„ „ „ „ 1864 „ „	89.75	89.80	„ „ „ „ 200 fl. d. W.	245.—	246.—	Salm „ 40 „ „	30.75	31.—									

Telegraphische**Effekten- und Wechsel-Kurse**an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
den 31. August 1864.

5% Metalliques	71.35	1860er Anleihen	95.—
5% Nat.-Anleih.	79.95	Silber	113.35
Vanfaktien	777.—	London	113.60
Kreditaktien	190.30	R. f. Dufaten 543 $\frac{1}{10}$	

Fremden-Anzeige.

Den 30. August.

Stadt Wien.

Die Herren: Radefsky, Kaufmann; v. Pland und König von Wien. — Halbhuber von Venedig. — Balme von Steinschönau. — Hrenowath, Agent, von Marburg. — Die Frauen: Levi, Banquiers-Gattin, von Venedig. — Krishai von Senofetsch.

Elephant.

Die Herren: Frank Porter, Privat, von New-York. — v. Czermak, Privat, von Karlsstadt. — Veneri von Graz. — Spandau, Handlungsreisender, von Klagenfurt. — Lulich, Handelsmann, von Glinne. — Piazza, f. mexicanischer Hauptmann, von Udine. — Hobja, f. mexicanischer Hauptmann, von Wien. — Stenowicz, Gutbesitzer, von Sager. — Stani, Privat von Venedig.

Wilder Mann.

Hr. Schmitt von Wien.

Möhren.

Herr Graf, f. f. Oberleutnant, aus Italien

(1612—3)

Nr. 2382.

Edikt

zur Einberufung der Verlassenschafts-Gläubiger nach dem verstorbenen Johann Verschobai von Slogojne.

Von dem k. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, werden Diejenigen.

(1638—3)

Kaffeehaus- und Restaurations-Verpachtung

in dem Theater- und Casino-Gebäude
zu Marburg an der Drau.

Das Theater- und Casino-Verwaltungs-Comité in Marburg vermiethet für die Zeit vom 1. Jänner 1865 bis inclusive letzten Dezember 1870 an einen und denselben Unternehmer die Lokalitäten im neuen Casino-Gebäude für die Caffeterie und Traiteurie im Offertwege, und zwar zu ebener Erde:

- I. Für die Caffeterie einen großen Billardsaal, zwei Spielzimmer und eine Kaffeeküche, nebst einem Keller;
- II. für die Traiteurie gleichfalls zu ebener Erde einen großen Salon, zwei Schankzimmer, eine große Küche und eine Speisekammer, ferner einen Wein-, einen Bier- und einen Nebenkeller und die geräumige Eingangsgrube.
- III. Zur Bewohnung die aus vier Piecen bestehenden Lokalitäten des Nebengebäudes.
- IV. Außerdem hat derselbe das ausschließliche Recht und die Verpflichtung der Beforgung der Traiteurie und Caffeterie in dem Casino-Lokale und bei allen in demselben und im Theater-Lokale abzuhaltenden Bällen, Redouten und anderen Unterhaltungen innerhalb seiner Pachtzeit.

Das Verwaltungs-Comité wird den Billardsaal mit zwei Billards, jedoch ohne Oueues, Kugeln und sonstigen Spielrequisiten, mit feineren Tischen, mit Spieltischen, Sesseln, Konsletten und Lampen sammt dazu gehörigen Gläsern, und ebenso die Traiteurie mit Tischen, Sesseln, Spiegeln, Rouletten, Lampen und dazu gehörigen Gläsern übergeben.

Offerte werden nur versiegelt bis zum 1. Oktober 1864 angenommen, auch ist dem Offerte der fünfte Theil des angebotenen Jahres-Miethzinses als eine Caution im Baaren, in inländischen Sparkassenscheinen oder in österreichischen Staatspapieren, letztere nach dem in den letzten Tagen aus den Zeitungsfätern ersichtlichen Börsen-Course, anzuschließen.

Das Verwaltungs-Comité wird seinen Beschluß über die Annahme oder Nichtannahme des Offertes längstens bis 15. Oktober schriftlich mittheilen und Jenen, deren Offerte nicht angenommen werden, die Caution zurückstellen; Jener, dessen Offert angenommen wird, hat aber binnen acht Tagen nach erhaltener Nachricht den Miethvertrag auf Grundlage der bei dem Vorstande des Verwaltungs-Comité, Herrn Alois Edlen von Kriehuber, oder im Bureau des Herrn Bürgermeisters Tappeiner, allwo vom 1. September an täglich die Bedingungen eingesehen werden können, und auch auf Verlangen zugesendet werden, durch seine Mitfertigung abzuschließen, widrigenfalls die Caution als ein Kautionsverfall und das Verwaltungs-Comité berechtigt sein soll, den Miethvertrag mit jemand Andern im Offert- oder andern Wege zu schließen, und den für die ganze sechsjährige Miethzeit minder erlangten ganzen Miethzins sogleich im gerichtlichen Wege einzubringen.

Offerte unter 2100 fl. öst. W. dürften eine Annahme nicht zu erwarten haben.

Marburg am 23. August 1864.

welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 6. Mai 1864 mit Testament verstorbenen Johann Verschobai von Slogojne eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche den

12. September l. J.,

Vormittags 9 Uhr, zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigenfalls denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustünde, als insoferne ihnen ein Pfandrecht gebührt.

R. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, am 24. Juli 1864.

(1688)

Das mechanische Zeichnen oder Naturzeichnen keine Kunst mehr.

Unstirte Beschreibung, um perspectivisch richtiges Naturzeichnen, Zeichnungen verkleinern, Modellieren nach der Zeichnung u. s. w. auf die leichteste, unübertrefflichste Weise zu erlernen, ist in jeder Buchhandlung und mit Versendung zu 36 kr. (auch Briefmarken), zu haben beim Erfinder und Privilegien-Inhaber Clemens Wirtensohn in Wien, Wieden, Favoritenstraße Nr. 18.

(1686—1)

Freiwillige Lizitation

der Weißgärber-Behausung sammt Zulehen und Fahrnissen in Judenburg.

In Folge Ermächtigung des löblichen k. k. Bezirksamtes Judenburg vom 26. August d. J. 3. 3792, werden die zum Barbara Plancksteiner'schen Verlassenschaft gehörige bürgerliche Weißgärber-Behausung in Judenburg sammt Zulehen am

3. Oktober d. J.,

Vormittag von 9—12 Uhr, und die Fahrnisse am

3. Oktober,

Nachmittag von 3—6 Uhr, und am

4. Oktober,

von 9—12 Uhr Vormittag und von 3—6 Uhr Nachmittag, im Hause Nr. 49 am Landtiberberge hier öffentlich versteigert werden. Diese Behausung besteht aus dem gemauerten, mit Ziegel gedeckten Wohnhause Konst.-Nr. 49 am Landtiberberge, auf welchem das einzige, hier bestehende Geschäft der Weißgärberei im besten Betriebe ist. Bei dem Hause befinden sich 3 kleine Gemüse-Gärten, ein Obhgarten, die Werkstätte und die Lohwalle.

Raum zehn Minuten vom Hause entfernt, sind zwei Aecker mit beiläufig 4 Joch, und in der Gemeinde Oberweg liegt der zum Hause gehörige Wald mit 2 Joch.

Diese Realitäten, einschließig der Werksvorrichtungen und Werkzeuge, wurden auf 9470 fl., die Fahrnisse, bestehend aus Haus- und Zimmereinrichtung, Leib- und Bettwäsche auf 1948 fl. 62 kr. geschätzt.

Die Realitäten werden um den Schätzwert ausgerufen und nicht unter demselben hintangegeben werden.

Jeder Lizitant hat ein 10% Vadium mit 947 fl. ö. W. in Baarem, Sparkassenscheinen oder österreichischen Staatspapieren zu erlegen.

Die sehr günstigen Lizitationsbedingungen, die Grundbuchs-extrakte und Schätzungsprotokoll können täglich in den gewöhnlichen Amtsstunden bei dem Gefertigten eingesehen werden.

Judenburg am 26. August 1864.

Der k. k. Notar, als Gerichts-Kommissär:

Pirkenu.

(1587—2)

Ein Haus in Marburg,

am frequentesten Punkte der Stadt gelegen, Eckhaus, welches ein Zinsergebniss von 2000 fl. österr. Währ. abwirft, ist um 30.000 fl. unter den leichtesten Ratenzahlungen zu verkaufen durch G. A. Aichmayr's Comptoir am Postplatz Nr. 178 in Graz.

Nur gefälligen Beachtung!!

Die unterzeichnete Gewerkschaft bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß sie für Laibach und Umgebung die

Niederlage

von

Wagen-Achsen

den Herren

Sp. & V. Pesslack in Laibach,

Theatergasse Nr. 42,

übertragen hat, und empfiehlt ihr reichhaltiges Lager aller Gattungen Last- und Kalesch-Achsen, fertiger Büchsen und Stößeln zur geneigten Abnahme.

(1639—2)

Gewerkschaft Hohenmauthen.